



Ehrenpräsident Gerd Sonnleitner, der von 1997 bis 2012 Bauernpräsident war, und DBV-Präsident Joachim Rukwied



Mut zur Veränderung und Vertrauen in den Verband

Im gemeinsamen Gespräch blicken Ehrenpräsident Gerd Sonnleitner und Bauernpräsident Joachim Rukwied auf 75 Jahre DBV und damit auf 75 Jahre erfolgreiche und engagierte Interessenvertretung für den Berufsstand.

Herr Sonnleitner, Sie haben zum Ende der Ministerzeit von Frau Künast über eine notwendige „Bauernbefreiung“ gesprochen. Waren es persönliche Gegensätze, die Sie damals nicht auf einen grünen Zweig kommen ließen?

Sonnleitner: Nein. Sie dürfen nicht vergessen, Frau Künast hat gelegentlich sehr stark provoziert. Entsprechend habe ich geantwortet. Aber es waren keine Verletzungen persönlicher Art. Auch in den schwierigen Phasen gab es Gespräche, die sehr sachlich verlaufen sind. Politik ist ein hartes Geschäft. Zum einen geht es darum, trotz unterschiedlicher Positionen Lösungen zu finden, und zum anderen, wie man das in der Öffentlichkeit darstellt. Da ist ein Bauernverbandspräsident auch seinen Mitgliedern etwas schuldig. Aber das heißt nicht, den anderen persönlich zu verachten oder niederzumachen.

Teil des Geschäfts waren zu Ihrer Zeit Demonstrationen und Protestaktionen, und zwar viel mehr als heute. War dadurch Verbandspolitik einfacher?

Sonnleitner: Das ist für mich nicht die Frage. Es muss immer darum gehen, Probleme zu lösen. Wie das am besten gelingt, muss von Fall zu Fall entschieden werden. Das ist heute nicht anders als früher. Sie müssen sehen, dass bei vielen Fragen Emotionen ins Spiel kommen. Die Verantwortlichen in einem Verband sind gut beraten, diese Emotionen ernst zu nehmen und sie aufzufangen. Es geht darum, die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen, und daraus Politik zu machen. Das bedeutet, Bauern müssen ihren Unmut auch zum Ausdruck bringen können.

Waren Demonstrationen für Sie ein Druckmittel gegenüber der Politik, in dem Sinne, wenn Ihr Euch nicht bewegt, sind wir nächste Woche auf der Straße?

Sonnleitner: Nein. Damit habe ich nie gedroht, weil es nichts gebracht hätte. Demonstrationen sind nach einer Woche wieder vergessen. Drohungen sind kein geeignetes Mittel in der Politik. ➔

Herr Rukwied, Sie haben sich bereits früh nach der Übernahme des Präsidentenamtes im DBV skeptisch gezeigt, dass Demonstrationen noch ein geeignetes Mittel für den Bauernverband sind. Nach den großen Schlepperdemonstrationen 2019 in Berlin wurde dann immerhin die Zukunftskommission Landwirtschaft eingesetzt. Wie überrascht waren Sie im Herbst 2019?

Rukwied: Gar nicht. Das damals aus dem Hause Klöckner vorgelegte Pflanzenschutzpaket war aus unserer Sicht ein „Offenbarungseid“ des Ministeriums. Das habe ich öffentlich so benannt und damit keinen Zweifel daran gelassen, wie groß unsere Verärgerung war. Wir waren uns im Verbandsrat einig, dass es im Lande brodelt und zu Protesten kommen wird. Wir haben in der Verbandsspitze eingehend diskutiert, ob und wie wir uns da einbringen können. Das ging bis zu dem Vorschlag, in weiten Teilen den Autoverkehr lahmzulegen. Wir sind am Ende einhellig zu der Auffassung gelangt, dass das nicht zielführend wäre und wir stattdessen weiterhin im Gespräch mit der Politik bleiben wollen. Die großen Demonstrationen haben wir im Hintergrund über die Kreis- und Landesverbände mit unterstützt, ohne dass wir offiziell in Erscheinung getreten sind.

War das aus heutiger Sicht ein Fehler? Immerhin hatte Landschafts-Verbindung aus dem Stand dem Bauernverband den Rang abgelaufen, der in der Öffentlichkeit als träge und nicht kampagnenfähig erschien?

Rukwied: Nein, es war kein Fehler, weil wir inhaltlich entscheidende Verbesserungen erreicht haben. Wir haben insbesondere über die damalige Regierungsfraktion der CDU/CSU, aber auch über Landesregierungen wie die baden-württembergische Einfluss nehmen und das Paket entschärfen können. Am Ende hat der DBV politisch die Dinge in die richtige Richtung lenken können. Das sage ich ganz selbstbewusst, das waren wir. Verbandspolitisch war es aber eine Gratwanderung, weil wir das nicht nach außen kommuniziert haben.



Fotos: Leonhard Simon für DBV



Wann war für Sie klar, die Hau-drauf-Politik der Vergangenheit hat für den Bauernverband ausgedient, man braucht eine andere Strategie?

Rukwied: Schon im Laufe der neunziger Jahre hat sich der Politikstil des Bauernverbandes verändert. Der Bauernverband hat sich schon vor 20 Jahren als Lösungsanbieter verstanden. Das ist heute noch wichtiger geworden. Die Gesellschaft hat sich in den letzten 20 bis 25 Jahren stark verändert. Die Ansprüche an die Landwirtschaft sind im Hinblick auf Umwelt, Tierschutz und Biodiversität erheblich gewachsen. Der Klimaschutz ist hinzugekommen. Als einzelne Branche können wir nur dann erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, gemeinsam mit der Politik Lösungen auf den Weg zu bringen.

Herr Sonnleitner, bei Ihrem Abschied 2012 hat Ihnen die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel bescheinigt, Sie hätten maßgeblich dazu beigetragen, die Betriebe von staatlicher Bevormundung in unternehmerische Freiheit zu führen. Fühlen Sie Ihre Arbeit angemessen gewürdigt?

Sonnleitner: Da war und bin ich sehr stolz drauf. Es gibt immer etwas zu schimpfen oder zu loben. Ich bin da schmerzfrei in jeder Richtung.

Was hat Sie damals bewogen, diesen Kurswechsel einzuschlagen?

Sonnleitner: Wir wussten, das System der Preis- und Abnahmegarantien auf dem Agrarmarkt hat sich überlebt. Ich nenne das mal die alte Reichsnährstandspolitik, die unwiderruflich zu Ende ging. Nachdem die Europäische Kommission Anfang der neunziger Jahre den Weg einer marktorientierten Agrarpolitik eingeschlagen hatte, stand für mich fest, dass es sich nicht lohnt, für ein System zu kämpfen, das nicht mehr funktioniert. Das den Bauern zu erklären und ihnen zu vermitteln, dass wir als Verband diesen Weg gehen müssen, war alles andere als einfach. Wie schwierig das war, hat sich später in der Auseinandersetzung um die Milchquote gezeigt. Insgesamt haben die Bauern den Umstieg in eine marktorientierte Agrarpolitik aber akzeptiert. Ich bin damals sehr stark von Milchbauern kritisiert und bekämpft worden. Die sind mittlerweile alle still geworden. Noch heute kommen Bauern auf mich zu und sagen, dass ich recht gehabt habe. Das macht mich immer noch ein wenig stolz, nachdem ich schon so lange aus dem Geschäft bin.

Sie sagen, Sie seien in der Auseinandersetzung um die Milchquote bekämpft worden. Haben Sie sich nach dem „Haberfeldtreiben“ auf Ihrem Betrieb die Frage gestellt, warum Sie sich das antun?

Sonnleitner: Wer in die Politik einsteigt, muss wissen, dass es auch hässliche Zeiten und viel Ärger geben kann.

Beim Haberfeldtreiben war es aber noch eine andere Nummer. Immerhin kam Ihre Familie ins Spiel.

Sonnleitner: Ja, es war halt ein bisschen rauer. Da hatten sich viele Quertreiber in den Reihen des BDM zusammengetan. Im Nachhinein hat sich allerdings gezeigt, dass die Radikalen schnell wieder verschwunden sind, weil sie eben keinen Zugang zur Bevölkerung und zur Politik gefunden haben. Nochmal zur politischen Situation: Es gab nicht die Spur einer Chance für eine Beibehaltung der Quote. Ich war nicht bereit, mich gegen meine Überzeugung für die Quote auszusprechen, nur weil die Mitglieder das von mir hören wollten. Wir haben darüber in der Familie diskutiert. Meine Frau hat gesagt, dass sie das aushält, auch das mit dem Haberfeldtreiben und ich das durchziehen sollte. Aus und Amen. Das haben wir durchgestanden, auch wenn es nicht einfach war.

Herr Rukwied, wie dick muss das Fell eines Bauernpräsidenten sein?

Rukwied: Ziemlich dick. Ich kann aber nachvollziehen, was die Familie Sonnleitner durchgemacht hat. In der Zeit des Haberfeldtreibens hat meine Mutter ein Telefonat entgegengenommen, in dem es hieß: „bei Sonnleitner waren wir, zu Euch kommen wir“. Unsere Familie ist gelassen damit umgegangen. Letztlich ist niemand gekommen. Bei uns auf dem Hof waren mal Vertreter von LsV. Mit denen habe ich diskutiert, und am Ende waren wir uns einig.

Können Sie sich dennoch vorstellen, dass die Grenze überschritten wird und Sie sagen, ohne mich?

Rukwied: Nein! Ich bin mit der klaren Erwartung in das Präsidentenamt gewählt worden, dass ich diese Aufgabe mit Herz und mit vollem Einsatz ausfülle. Diesem Vertrauensvorschuss will ich gerecht werden. Aufgeben gibt es bei mir nicht. Auch wenn es manchmal herausfordernd ist.

Inzwischen laufen Angriffe unter der Gürtellinie oft über die sozialen Medien. Wie gehen Sie damit um?

Rukwied: Ich verfolge die digitalen Medien interessiert und setze regelmäßig Botschaften. Ich steige aber in keine Diskussion ein. Mit unflätigen Angriffen unter der Gürtellinie weiß ich umzugehen. Wenn ich abends zu Hause bin, lege ich den Schalter um, gehe entspannt ins Bett und schlafe gut. Das ist eine Gabe, für die ich sehr dankbar bin.

Sind Sie aus dem gleichen Holz geschnitzt, Herr Sonnleitner?

Sonnleitner: Nach unangenehmen Begebenheiten habe ich immer so für mich gedacht: „Wegen so einem ... versau ich mir doch nicht meinen Abend.“ Viele von denen, die das nicht schaffen, enden im Zynismus oder beim Alkohol. Das sollte mir nicht passieren, und das habe ich geschafft.

Die Einheit des Berufsstands war immer das Herzstück des Bauernverbandes. Herr Sonnleitner, in den neunziger Jahren war die Integration der ostdeutschen Betriebe eines Ihrer zentralen Themen. Ihr Bekenntnis, dass bäuerliche Landwirtschaft „auch in anderen Rechtsformen möglich ist“, war damals keineswegs unumstritten.

Sonnleitner: Ich war als BBV-Präsident von Beginn an dabei, als es darum ging, die ostdeutschen Berufskollegen in den DBV zu integrieren. Dafür habe ich in Bayern viel Gegenwind bekommen. Die Brücke war schließlich der Begriff der „Mehrfamilienbetriebe“. Damit war es gleich, ob es sich um eine AG, GmbH & Co KG oder eine Genos- ➔



Dr. Andreas Hermes war von 1948 bis 1954 Präsident.



Edmund Rehwinkel war von 1959 bis 1969 Präsident.



Constantin Freiherr Heereman war von 1969 bis 1997 Präsident.

Fotos: DBV



senschaft handelte. Wir waren nicht blauäugig gegenüber den Führungspersonen in den LPG-Nachfolgebetrieben, unter denen es viele SED-Mitglieder gab. Wenn allerdings im Westen pauschal von den „roten Socken“ dahergeredet wurde, habe ich mich dagegen gewehrt, weil ich gesehen habe, wie stark sich viele Vorsitzende um ihre Leute und ihre Dörfer gekümmert haben.

Herr Rukwied, der Begriff der Mehrfamilienbetriebe mag in den neunziger Jahren noch zugetroffen haben, gilt das heute auch noch?

Rukwied: Natürlich. Es gibt zahlreiche Mehrfamilienbetriebe in den östlichen Bundesländern. Sie haben ebenso ihre Berechtigung wie von Familien getragene Einzelunternehmen. Aus meiner Sicht hat sich die Landwirtschaft in den jungen Bundesländern positiv entwickelt, ebenso ist die Integration der ostdeutschen Landesverbände in den DBV gut gelungen. Kritisch ist allerdings zu sehen, dass in den letzten Jahren zunehmend außerlandwirtschaftliche Investoren landwirtschaftliche Flächen und ganze Betriebe aufgekauft haben. Das ist in unserer Staats- und Wirtschaftsform zwar legitim. Ich mache aber keinen Hehl daraus, dass es meinen Vorstellungen einer von Familien- und Mehrfamilienbetrieben getragenen Landwirtschaft nicht entspricht.

Warum blockieren die ostdeutschen Landesbauernverbände dann jeden Versuch, den Bodenmarkt stärker zu regulieren, um genau das zu verhindern?

Rukwied: Das ist Sache der Landesbauernverbände. Das Grundstücksverkehrsgesetz obliegt den Bundesländern. Damit fällt diese Regelung in die Verantwortlichkeit der Landesverbände. Der DBV ist gut beraten, sich nicht einzumischen. Eine Anmerkung möchte ich dennoch machen: Dringend geregelt werden muss die Frage der Anteilskäufe an GmbHS. Das ist ein Einfallstor für nichtlandwirtschaftliche Investoren, das unbedingt geschlossen werden sollte.

Herr Rukwied, Ihr Vorgänger hat die Betriebe von der staatlichen Bevormundung in unternehmerische Freiheit geführt. Wenn es um die Übernahme neuer Aufgaben im Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz geht, scheint das Pendel wieder mehr in Richtung Regulierung auszuschlagen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Rukwied: Dieses Risiko sehen wir. Und weil dieses Risiko besteht, bringen wir uns aktiv mit Lösungsvorschlägen ein, die die unternehmerische Freiheit erhalten. Wir wollen nicht abwarten, bis der Staat diese Bereiche von oben herab regelt. Stattdessen stehen wir für kooperative Ansätze, die unsere Leistungen in den genannten Bereichen honorieren. Bislang fehlt es allerdings am politischen Willen, dies auch umzusetzen.

Unter welchen Voraussetzungen würden sich Landwirte auf das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ einlassen?



Foto: Leonhard Simon für DBV

Rukwied: Wir brauchen am Ende entsprechende Marktpreise für die zu erbringenden Dienstleistungen. Und zwar müssen das Preise sein, die nicht nur die Kosten decken, sondern die auch eine Gewinnspanne für die Betriebe enthalten. Wenn das verlässlich und über einen längeren Zeitraum gewährleistet ist, werden sich von allein neue Geschäftsfelder entwickeln. Am Ende muss es sich rechnen.

Ein zentrales Thema der nächsten Jahre ist der Umbau der klassischen Direktzahlungen in eine Gemeinwohlprämie. Wird dem eine ähnliche Bedeutung zukommen wie dem Ausstieg aus der Milchquote zu Sonnleitners Zeiten?

Rukwied: Nein. Wir sind doch schon mitten in diesem Umbau.

Steht der Bauernverband zu dem Ziel, den Umstieg bis 2035 zu schaffen, mit dem Ergebnis, dass es anschließend nur noch Geld für konkrete Leistungen gibt, die Basisprämie damit Geschichte sein wird?

Rukwied: Wir sind auf dem Weg dahin. Ob die EU bis 2035 mit 27 Mitgliedstaaten dann schon an diesem Punkt angelangt ist, halte ich allerdings für fraglich. Deutschland wird auf jeden Fall ein Stück weit vorneweg gehen, vielleicht mit einigen anderen Mitgliedstaaten. Aber das ist ein laufender politischer Entscheidungsprozess. Wir sind auf dem Weg zu einer anderen EU-Agrarpolitik. Wann dies der Fall sein wird, kann heute niemand seriös vorhersagen.

Sehen Sie den Bauernverband dabei als Gestalter oder eher als Bremser?

Rukwied: Wir sind seit Jahren dabei, diesen Weg zu gestalten. Ich gehe zurück zum Bauerntag in Leipzig 2018. Damals habe ich gesagt, dass die neue Agrarpolitik grüner sein wird und auch grüner werden muss, um gesellschaftlich akzeptiert zu werden und politische Mehrheiten zu bekommen. Ich habe dafür große Unterstützung von den Delegierten bekommen.

Herr Sonnleitner, Sie haben nach Ihrem Amtsantritt 1997 gesagt, dass die Zukunft der deutschen Landwirtschaft maßgeblich in der Veredelung liegt. Würden Sie das heute noch einmal so sagen?

Sonnleitner: Ich würde diese Aussage heute so nicht mehr treffen. Damals hat es in meinen Augen gestimmt. Man muss immer sehen, dass alles im Fluss ist und sich neu aufstellt. Genauso ist es heute.

Wie sehen Sie heute die Zukunft der Tierhaltung in Deutschland?

Sonnleitner: Wir werden diesen Sektor nicht verlieren, aber er wird schmelzen. Unsere Mitbürger und die Politik überziehen uns ständig mit neuen Auflagen und kaufen dann aber Billigprodukte, die all dies nicht befolgen müssen. Trotzdem stehen die Betriebe vor der Herausforderung, sich anzupassen, neue Einkommensmöglichkeiten zu erschließen. Die Energieproduktion und in manchen Gunstregionen der Gemüseanbau sind Bei-

spiele. Wie in der Wirtschaft brauchen wir in der Landwirtschaft Startups, um neue Produkte und Märkte zu erschließen.

Sind die Bauern bereit, neue Wege zu gehen?

Sonnleitner: Selbstverständlich. Bauern haben sich schon immer angepasst. Wenn ich nur meinen eigenen Bauernhof nehme. Mein Urgroßvater hat sein Haupteinkommen über die Produktion von Gerste erzielt, mein Großvater ist in die Pferdeproduktion für das Militär eingestiegen. Nach den Kriegen folgte die Milcherzeugung. Für meinen Vater hat stattdessen Mais mit neuen Züchtungen in unsere Gegend gepasst und bot ein äußerst preisgünstiges Futter für Schweine. Da haben viele auf Schweineproduktion umgeschwenkt. Inzwischen versuchen wir, uns mit Soja und vielfältigerem Ackerbau, besserer Verwertung unserer Gebäude und Erschließung neuer Produkte abzusichern. Uns Bauern zu unterstellen, wir seien nicht bereit, uns zu verändern oder Neues aufzugreifen, ist heute so falsch wie gestern. ➔



Fotos: Leonhard Simon für DBV



Ist es gerechtfertigt, über die größte Transformation seit Jahrzehnten zu sprechen, wenn aktuell von der Zukunft der Landwirtschaft die Rede ist?

Sonnleitner: Es ist nicht berechtigt, weil wir das schon immer hatten. Ich bin noch mit den Pferden aufgewachsen. An deren Stelle kamen die Schlepper, ohne dass da viel drüber geredet wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Mitarbeiter und Flüchtlinge vom Hof in die Fabrik abgewandert. Dann kamen die Technisierung und anschließend die Spezialisierung auf die Betriebe. Über den Maschinenring und Lohnunternehmer brauchten die Betriebe weniger eigene Maschinen. Gleichzeitig wurden damit Arbeitskräfte für außerlandwirtschaftliche Geschäftszweige frei. Das war alles Transformation. Mit Digitalisierung und KI wird künftig eine Entwicklung fortgeschrieben, die wir seit vielen Jahrzehnten in der Landwirtschaft beobachten.

Herr Rukwied, viele Landwirte fühlen sich überfordert von immer weiter steigenden Anforderungen an die Produktion. Was ist die Aufgabe des Bauernverbandes?

Rukwied: Sicherzustellen, dass dabei Augenmaß und Wirtschaftlichkeit gewährleistet sind. Im Übrigen teile ich die Einschätzung von Gerd Sonnleitner: Landwirtschaft hat sich immer weiterentwickelt. Heute stehen dabei Tierschutz und Umweltschutz im Fokus. Es gab Zeiten, da war es die Technisierung. Insofern ist es für mich ein laufender Prozess, den die Landwirtschaft schon immer aktiv gestaltet hat. Deswegen vermeide ich die Verwendung des Begriffs „Transformation“.

Minister Özdemir will das Prinzip „Wachsen oder Weichen“ durchbrechen, indem er Einkommensmöglichkeiten in Umwelt-, Natur- und Tierschutz eröffnen will. Schafft er das?

Rukwied: Diese Formulierung „Wachsen oder Weichen“ hat bei mir schon immer Kopfschütteln ausgelöst, weil sie mit der Realität nichts zu tun hat. Für mich war das nie eine Orientierung, sondern ich habe immer Lust gehabt, Landwirt zu sein. Ich wollte den Betrieb übernehmen und

habe mir dann Gedanken gemacht, wie ich das ausgestalte, damit ich zukünftig davon leben kann. Aber nie unter dem Antritt, dass ich jetzt wachsen muss, weil ich sonst weichen muss. Das ist so eine Schwarz-Weiß-Formulierung von Menschen, die nicht wirklich den praktischen landwirtschaftlichen Hintergrund haben.

Für Sie beide ist Europa ein Kernthema. Herr Sonnleitner, in den letzten GAP-Reformen waren Kompromisse nur noch möglich, weil den Mitgliedstaaten Spielraum für eigene Gestaltung ermöglicht wurde. Sind wir mitten in der Renationalisierung der GAP?

Sonnleitner: Nein, das würde ich nicht so sehen. Europa ist von der Geschichte, dem Klima, den Menschen und der Ausstattung der Betriebe her so unterschiedlich, dass sich dies auch in der Politik niederschlagen muss. Eine Agrarpolitik für alle würde die Europäische Union zerreißen. Ich kann aber nur immer wieder betonen: Es gibt zu Europa keine Alternative. Wer das nicht glaubt, sollte sich mit der aktuellen Situation in Großbritannien beschäftigen.

Herr Rukwied, braucht die GAP ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, um Bestand zu haben?

Rukwied: Vorneweg die eindeutige Aussage: Wir setzen aus vielen Gründen weiterhin auf ein gemeinsames Europa. Das ist essenziell für die Wirtschaft, für unsere Freiheit und für den Frieden. Wir brauchen eine gemeinsame Plattform mit übergeordneten Regeln, die für alle gelten, und mit gemeinsamen Zielen. Das gilt in besonderer Weise für die Agrarpolitik, auch wenn die Vorgaben in Teilbereichen ein Stück weit an die Gegebenheiten und die Erfordernisse vor Ort angepasst werden müssen, wie Gerd Sonnleitner zu Recht sagt. Ziel muss sein, Europa in einer gleichmäßigen Geschwindigkeit nach vorn zu bringen. Alle müssen sich weiterentwickeln. Aber ich habe es zuvor schon erwähnt, auch in der Agrarpolitik wird es Länder geben, die ein bisschen schneller sind als andere.

Wie sehr besorgt Sie der wachsende Zuspruch für europakritische bis -feindliche Parteien in Deutschland, aber auch in anderen EU-Ländern?

Sonnleitner: Das besorgt mich sehr stark. Wenn aber eine solche Politik gemacht wird, wie wir sie derzeit mit der Ampel erleben, wundert mich nichts mehr.

Was meinen Sie?

Sonnleitner: Ich meine das Theater, das die Ampel aufführt und das die Menschen ratlos macht, weil sie nicht wissen, woran sie sind. Im Ergebnis wollen dann 20 % eine Partei wählen, die politisch nichts zu bieten hat außer Schlagworte wie Austritt aus der EU, Abschaffung des Euro und dergleichen. Und die anderen Parteien lassen sich darauf ein und streiten über Brandmauern, anstatt eine gescheite Politik zu machen, die von der Bevölkerung auch anerkannt wird.

Herr Rukwied, was hält der Bauernverband von politischen Brandmauern?

Rukwied: Davon halte ich nichts. Der Deutsche Bauernverband ist politisch neutral und darauf lege ich Wert. Wir tauschen uns mit allen demokratischen Parteien aus, die im Parlament vertreten sind. Diesen Dialog führen wir und das wird auch von unseren Mitgliedern erwartet. Aber wir haben ganz klare politische Überzeugungen, zu denen wir stehen. Da gehört Europa ganz vorn mit dazu.

Sie beide sind erst die Präsidenten Nummer vier und fünf in 75 Jahren Deutscher Bauernverband. Sie stehen beide für eine Ära oder sind noch mittendrin. Hat das dem Bauernverband gutgetan, so lange von einer Person geführt zu werden?

Sonnleitner: Ich habe die Amtszeit im Vergleich zu meinem Vorgänger immerhin schon mal fast halbiert.

Rukwied: Wenn man sich als Mannschaftsspieler versteht, hat Kontinuität an der Spitze noch nie geschadet.

Wie lange wird es dauern, bis eine Frau an der Spitze des Bauernverbandes stehen wird?

Sonnleitner: Das wird schneller gehen, als dass in der katholischen Kirche eine Frau Papst wird.

Rukwied: Dieser Antwort gibt es nichts hinzuzufügen.

Beim Thema „Frauen im Bauernverband“ hat sich in Ihrer Amtszeit, Herr Sonnleitner, kaum etwas getan. Haben Sie's verschlafen?

Sonnleitner: Nein. Ich habe es oft aufgegriffen, aber die Zeit war offenbar noch nicht reif. Es hat mich aber immer geärgert, dass ich da keinen Erfolg hatte. Umso mehr freue ich mich, dass mein Nachfolger vorankommt.

Herr Sonnleitner, was wünschen Sie dem DBV zum 75.?

Sonnleitner: Dass der Bauernverband insgesamt geschlossen bleibt. Das wird in einer Gesellschaft, die auch durch die sozialen Medien immer mehr ausfranst, in Zukunft noch wichtiger. Den Mitgliedern im Bauernverband wünsche ich Mut zur Veränderung und Vertrauen in den Verband, der sie auf den neuen Wegen unterstützt. Von der Gesellschaft wünsche ich mir, dass sie sich unvoreingenommen mit der Landwirtschaft und den darin tätigen Menschen auseinandersetzt und ihnen die gebotene Anerkennung zukommen lässt.

Herr Rukwied, wenn Sie 25 Jahre weiter schauen, wie ist der Bauernverband zum 100. aufgestellt, wenn's gut gelaufen ist?

Rukwied: Ich würde mir wünschen, dass der Bauernverband auch in 25 Jahren noch der erste Ansprechpartner für die Politik ist, wenn es um Fragen rund um die Landwirtschaft oder die Bauernfamilien geht. Für die Landwirtschaft wünsche ich mir, dass sich auch dann noch genügend junge Menschen finden, die mit Begeisterung und neuen Ideen Betriebe übernehmen und weiterführen. Schließlich habe ich den Wunsch, dass bis zum 100. unsere Ideen zum Zukunftsbauern von unseren Mitgliedern gelebt werden und wir alle mit neuem Selbstverständnis Teil dieser Gesellschaft sind, und zwar in der Mitte.

Interview: Rainer Münch und Dr. Anni Neu

Fotos: Leonhard Simon für DBV

